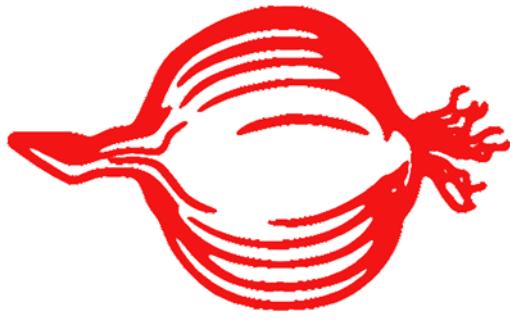




www.basis.gruene.de/schwarzwald-baar



F.F. Park: Wir machen den Weg frei

Quer durch den Park geht's
nur mit unserer Fraktion.



Neue Wege über die Brigach. Hier kommt bald eine Brücke.



Alter Weg zur Schlossbrücke. Hier geht gar nichts mehr.

Die Zwickel
Unsere Themen zur Kommunalwahl 2009

Die Kandidaten 2009

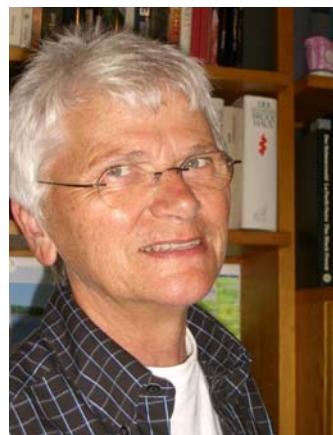
Die Grünen gehen mit 14 Kandidaten und einigen neuen Gesichtern ins Rennen. Allen voraus Katharina Fünfgeld als jüngste Kandidatin auf Platz 1 der Liste.

Mit der Nummer 18 unserer „Zwiebel“ greifen wir wieder frisch und scharf einige aktuelle kommunalpolitische Themen auf. Anhand ausgewählter Beispiele zeigen wir, wofür wir stehen. Neben den klassischen GRÜNEN-Themen wie Umweltschutz, soziales Engagement und Weiterentwicklung der Bildungspolitik wird das Thema Finanzen in den kommenden Jahren die absolut dominierende Rolle spielen. Auch darauf haben wir einige Antworten.

Wir möchten uns für Donaueschingen und seine Ortsteile engagieren und Ihnen immer ein offenes Ohr bieten. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Das GRÜNE-Redaktionsteam

Zwölf Kandidaten vertreten die Kernstadt Donaueschingen, die Kandidatin Elisabeth Winkelmann-Klingsporn kandidiert für Aasen und Sonja Mößner für den Ortsteil Wolterdingen. Bitte gehen Sie am 7. Juni 2009 zur Wahl und nutzen Sie die Möglichkeit zum Kumulieren!



Elisabeth Winkelmann-Klingsporn

Freie Journalistin
Kreidenweg 28
66 Jahre

Ich möchte mich in Aasen einsetzen für eine umweltgerechte Dorfentwicklung, die die Lebensqualität in der Ortschaft für Aasener und Neubürger weiter verbessert.



Sonja Mößner

Selbständig
Hallenbergsstraße 11
47 Jahre

Durch meine Arbeit in unserer Gärtnerei ist mir der Umgang mit unserer Umwelt besonders wichtig. Deshalb setze ich mich zur Bewahrung der Schöpfung vor allem gegen die Agro-Gentechnik ein und wünsche mir, dass auch unsere Region gentechnikfrei bleibt.



Katharina Fünfgeld

FÖJ-Praktikantin
Auf Schalmen 21
20 Jahre

Mir ist es wichtig, dass nicht gegen die Natur, sondern wieder mehr mit ihr gelebt wird und den Kindern und Jugendlichen Perspektiven für ihre Zukunft geboten werden.



Michael Blaurock

Arzt
Heinrich-Burkard-Platz 15
49 Jahre

Mehr denn je müssen unsere Entscheidungen bei den Finanzen, ÖPNV, Energie und Stadtentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit getroffen werden.



Christian Kaiser

Dipl.-Ingenieur
Im Störling 20
48 Jahre

In der Kommunalpolitik werden Entscheidungen getroffen, die unser direktes Lebensumfeld betreffen. Ich finde es deshalb wichtig, dass ein möglichst breites Meinungsspektrum im Gemeinderat vertreten ist.



Alexandra Meier

MBA
Villinger Straße 109
32 Jahre

Nachhaltiges Handeln für uns Menschen und unsere Umwelt – dies ist die Grundlage für unsere Zukunft!



Monika Opferkuch

Kauffrau
Heinrich-Burkard-Platz 11
43 Jahre

Ich finde, Grün steht uns allen gut, vor allem auf die Zukunft bezogen.



Elisabeth Blaurock

Erzieherin
Heinrich-Burkard-Platz 15
47 Jahre

Die Sorge um unsere Erde und um die so dringend notwendige Stabilität sozialer Strukturen ist mein Wegweiser in Richtung Grüne Politik.



Margit Abt-Wernick

Gesundheitsberaterin
Am Vorderen Berg 3
50 Jahre

Gesundheit fördern und erhalten – nicht nur mein Beruf. Hierfür ist der ganzheitliche Aspekt für Körper, Geist und Seele, für mich auch in der Gesellschaft, in den Bereichen Beruf, Familie und Freizeit eine Aufgabe von großer Bedeutung.



Günter Roos

Koch
Irmstraße 3b
60 Jahre

Ich bin mit Leib und Seele Opa! Ich möchte gerne im Rahmen meiner Möglichkeiten einen kleinen Beitrag dafür leisten, dass auch noch meine Urenkel in einem intakten sozialen Umfeld eine halbwegs unversehrte Umwelt erleben können.



Barbara Siraky

Kfm. Angestellte
Brigachtalstraße 31
59 Jahre

Mein Interesse gilt dem Umwelt- und Naturschutz. Durch eine attraktive Anbindung von Ortsteilen mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Radwegen ist ein Zurückdrängen des Autoverkehrs möglich, was schon ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist.



Martin Kuttruff

Selbstständig
Dürrheimer Straße 65
33 Jahre

Nur Nachhaltigkeit sichert unsere Lebensgrundlage. Grenzenloses Wachstum zerstört sie!



Henry Probst

Lehrer
Heinrich-Burkard-Platz 17
57 Jahre

Investitionen in Bildung sind für Gesellschaft und Wirtschaft notwendig und sinnvoll. Wir müssen Geld für Räume und Ausstattung ausgeben, dürfen aber nicht am notwendigen Personal – beispielsweise für die Ganztagesbetreuung – sparen.



Irene Zwosta

Dipl.-Sozialpädagogin
Bühlstraße 31
39 Jahre

Eine für die Kinder und Familien lebenswerte grüne Stadt Donaueschingen ist mir wichtig zu entwickeln.

KiGa: 3. Jahr beitragsfrei

Nur mit uns.



Familienförderung: Wie hätten Sie entschieden?

1. Im Frühjahr 2007 schlug die Stadtverwaltung vor, die Bauwilligkeit junger Familien dadurch zu fördern, dass Bauplätze um 10.000 Euro pro Kind günstiger verkauft werden sollten. Ein finanzielles Bonbon für wenige Familien mit Kosten bis zu 150.000 Euro pro Jahr. Wir beantragten stattdessen, für das dritte Kindergartenjahr (für alle Donaueschinger Familien) keine Gebühren zu erheben. Kosten: ca. 200.000 Euro pro Jahr. Unser Antrag wurde abgelehnt.
2. Bei der Kleinkinderbetreuung haben wir uns von Beginn an dafür ausgesprochen, diese an möglichst vielen städtischen Kindergärten einzuführen und dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Der Antrag wurde abgelehnt und mit einem Investor und externem Personal wurde zunächst die Kindertagesstätte Felix in Allmendshofen eingerichtet. Erst Jahre später wurde der Vorteil gemischter Gruppen erkannt, worauf diese auch in städtischen Kindergärten etabliert wurden. Für Eltern, Kinder und das Personal sind das neue Perspektiven – wir freuen uns!

Kaum Wertschätzung für Prävention

„Die Jugend ist unsere Zukunft!“ oder „Prävention hat Vorrang!“. Solche und ähnliche Sprechblasen hat fast jede Partei im Programm. Wenn es jedoch konkret wird, bleiben die offene Jugendarbeit und ergänzende Projekte der Stadtjugendpflege sehr oft auf der Strecke.

Im Jahr 2005 wurde der städtische Zuschuss an das Jugendhausbistro von 13.000 Euro pro Jahr auf 8.000 Euro pro Jahr gekürzt. Dies hatte zur Folge, dass der Beschäftigungsumfang der Mitarbeiterin und damit auch die Öffnungszeiten des Bistros zusammen gestrichen wurden. Von ursprünglich vier Tagen sind nur noch zwei Öffnungstage pro Woche verblieben. Selbst in den „guten Haushaltsjahren“ blieben unsere Versuche, die Kürzungen wieder rückgängig zu machen, erfolglos.

Darüber hinaus wurden bei der Stadtjugendpflege Stellen umgewandelt, was reduzierte Präsenzzeiten zur Folge hatte. Praktikanten sind z.B. vom Zeitumfang deutlich mehr als BA-Studenten vor Ort, die ausbildungsbedingt nur zu etwa 50% der Zeit in der Einrichtung sein können.

Wir wollen den zunehmenden Problemen an den Brennpunkten in der Stadt nicht mehr tatenlos zusehen und möchten deshalb die offene Jugendarbeit und ihren präventiven Ansatz stärken.

Unsere Forderungen lauten deshalb:

1. Aufstockung des städtischen Zuschusses an das Bistro, um sechs Abende pro Woche öffnen zu können.
2. Aufstockung des Personals im Jugendhaus um mindestens eine Stelle.
3. Intensivierung der Jugendarbeit an den bekannten Brennpunkten.

Eigenbetrieb Abwasser – die Bad Bank der Stadt

Fast wertlose Wertpapiere sollen die Abzockerbanken in so genannte Bad Banks auslagern können und somit ihre Bilanzen schönen. Eine Gemeinderatsmehrheit hat dies bei der Gründung des Eigenbetriebs Abwasser schon vor 13 Jahren in ähnlicher Weise praktiziert.

Damals wurden gegen unsere Stimmen fast die gesamten Schulden der Stadt beim Eigenbetrieb abgeladen. Somit wurde der städtische Kernhaushalt nahezu schuldenfrei und die gesamte Verschuldung wurde dem Eigenbetrieb aufgebürdet. Mittlerweile ist die Verschuldung so hoch, dass fast 40% der Abwassergebühren für die Zinszahlungen benötigt werden.

Etwas besser sind die Verhältnisse beim Eigenbetrieb Wasser, der bei der Gründung mit einer Eigenkapital-

quote von 30% ausgestattet wurde. Da das Eigenkapital in den vergangenen Jahren jedoch deutlich abschmolz, wurde bei diesem Betrieb mittlerweile eine Gewinnerzielungsabsicht eingeführt. Eine nachhaltige Lösung des Problems ist damit aber nicht garantiert. Dazu braucht es auch eine Änderung im Kommunalabgabengesetz von Baden-Württemberg, das mit seinen Vorschriften die Kommunen regelrecht in die Verschuldung hineintreibt. Im Klartext: Die Kommunen kommen praktisch kaum umhin, ihre Investitionen in Eigenbetrieben über Kredite zu finanzieren. Lokale Konsequenz daraus: Die Gebühr hat sich von 1,35 Euro/m³ im Jahr 2005 auf 1,90 Euro/m³ im Jahr 2009 erhöht. Eine Teuerung von 40% in vier Jahren.

Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

- 1. Die Gebührenhaushalte der beiden Eigenbetriebe dürfen nicht weiter durch Neu-erschließungen von Baugebieten belastet werden. Vorrang muss die Bebauung von innerstädtischen Brachflächen und Baulücken haben, die in der Regel schon erschlossen sind.**
- 2. Da eine Vielzahl Baden-Württembergischer Städte ähnliche Probleme hat, werden wir uns auf Landesebene um angepasste Abschreibungsmodalitäten bemühen, um die ausufernde Verschuldung zu begrenzen. Andere Bundesländer sind uns hier voraus.**



B 27: Was würden Sie für 30 Sekunden bezahlen?

Gleich vorweg – die Kreuzung am Allmendshofener Zubringer ist ein Gefahrenschwerpunkt, der entschärft werden sollte. Dafür braucht man jedoch keinen vierspurigen Ausbau, sondern einen Kreisverkehr oder eine Brücke/Unterführung mit Einfädelspur bei vergleichsweise geringen Kosten.

Nach wie vor halten wir den vierspurigen Ausbau der B 27 von Donaueschingen Mitte bis zum Wasserturm Hüfingen für eine wirtschaftliche und umweltpolitische Fehlentwicklung. Viel Geld – voraussichtlich 14 Millionen Euro – sollen für einen „Infrastrukturgewinn“ ausgegeben werden.

Doch welchen Nutzen würde diese Investition bringen?

- LKWs und PKWs könnten schneller fahren – und damit die Anwohner in Allmendshofen und Hüfingen mit mehr Lärm eindecken.
- Die teuer erkaufte Fahrzeitverkürzung von max. 30 Sek. bringt der Raumschaft keinen wirklichen Vorteil.
- Die 14 Millionen Steuermittel sind weg und fehlen in anderen Bereichen (z.B. Bildung).
- Der Ausbau dieses Teilstückes würde weiteren Verkehr, vor allem aber Schwerverkehr anziehen. Bereits jetzt ist eine Verlagerung des LKW-Aufkommens von der nur wenige Kilometer entfernten leistungsfähigen Autobahn A 81 auf die mautfreie B 27 festzustellen.
- 20 Hektar Fläche in der Baar-Hochmulde werden verbraucht. Für den eigentlichen Straßenbau gehen der Natur und Landwirtschaft 5 bis 6 Hektar verloren.

Wir brauchen nicht mehr Straßen, sondern mehr Lebensqualität durch weniger Straßenverkehr!

B 27:
**Weniger
ist mehr**

13 Mio für wenige
Sekunden Zeitgewinn
sind nicht
gerechtfertigt.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
DONAUESCHINGEN



Ab hier soll es dann schneller, lauter und teurer werden.

Wir wollen die Agro-Gentechnik stoppen!

Die Gentechnik in der Landwirtschaft ist wieder in der öffentlichen Diskussion. Bundesagrarministerin Aigner (CSU) hat zwar den Anbau von genmanipuliertem Mais untersagt, andererseits aber den Versuchsanbau von gentechnisch veränderten Kartoffeln zugelassen. Das sind sehr widersprüchliche Signale!

Für uns Grüne deutet derzeit alles darauf hin, dass gentechnisch veränderte Pflanzen der Umwelt und der Gesundheit schaden. Mit dem Anbau werden ausufernde Monokulturen tendenziell gefördert und schädliche Nebenwirkungen auf Nutz insekten und Bodenorganismen in Kauf genommen. Gesundheitliche Beeinträchtigungen hinsichtlich einer Schädigung des Immunsystems (z.B. bei gentechnisch manipulierten Futterpflanzen) oder Antibiotika-Resistenzen (z.B. bei entsprechend veränderten Kartoffeln) können ebenfalls nicht ausgeschlossen werden. Insgesamt ist die Wirkung auf das Ökosystem und die menschliche Gesundheit in der vollen Bandbreite keineswegs abgeklärt.

Zudem sprechen auch betriebswirtschaftliche und soziale Faktoren gegen die Gentechnik. Durch den Anbau von genveränderten Pflanzen entsteht eine starke Abhängigkeit von den Saatgutkonzernen.

Die bisher von den Landwirten praktizierte hofeigene Saatgutvermehrung ist nicht mehr möglich und auch nicht mehr erlaubt. Viele Beispiele aus Ländern in Asien und Südamerika zeigen, dass genveränderte Pflanzen anfälliger für Pflanzenkrankheiten werden können und längst nicht immer die versprochenen Erträge liefern. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, dass die große Abhängigkeit vom Saatgutproduzenten, der hohe jährliche Kapitalbedarf beim Saatgutkauf und die ausbleibenden Mehrerträge auch bei unseren Landwirten sehr schnell zu Problemen führen würden.

Gentechnik nützt nur den Konzernen, die so die Macht über das Saatgut und die gesamte Nahrungsmittelproduktion gewinnen wollen. Jeder sollte deshalb beim Einkauf gezielt nach vollkommen gentechnikfreien Produkten verlangen. Am sichersten geht man dabei beim Kauf von Produkten aus biologischem Landbau, denn hier wird bewusst auf den Einsatz von Gentechnik verzichtet.

Freiwillige Erklärungen von Landwirten gegen den Einsatz von Gentechnik reichen in dieser Situation nicht aus. Wir Grünen werden uns deshalb dafür einsetzen, dass zukünftig nur noch städtische Flächen an Landwirte verpachtet werden, die sich verbindlich zur gentechnikfreien Produktion verpflichtet haben.



Wir sind schon immer
für gentechnikfreie
Lebensmittel und für
regionale Produkte.



Stadtentwicklung – ein Paradigmenwechsel ist überfällig



Stadtentwicklung wurde in der Vergangenheit primär als Erschließung von Neubaugebieten definiert. Parallel dazu wurde die Sanierung der Innenstadt angegangen, wo durch Erneuerung und behutsame Umgestaltung eine schrittweise Aufwertung dieses Bereichs erfolgte.

Seit einigen Jahren wird klar, dass diese Vorgehensweise an ihre Grenzen stößt. Die großen Wachstumsschübe durch Wirtschaftswunder, Wiedervereinigung und Konjunkturprogramme sind vorüber. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass die Bevölkerungszahl nicht mehr weiter zunehmen, sondern kleiner werden wird. Hinzu kommt, dass Altersstruktur, Wirtschaftsentwicklung und Wohnbedürfnisse einem

starken Wandel unterzogen sind. Die großflächige und finanziell aufwendige Erschließung von Bauland ist damit nicht nur ökologisch äußerst fragwürdig geworden, sondern auch finanziell zunehmend eine große Belastung für den städtischen Haushalt. Dies gilt nicht nur für die Investition und Vorhaltung auf viele Jahre bis zur Bebauung, sondern auch für den laufenden Betrieb. Der Verkauf von Bauplätzen verläuft schleppend und in den bestehenden Siedlungsbereichen wohnen pro Flächeneinheit immer weniger Menschen.

In bestehenden Gewerbegebieten vergrößert sich dabei die Leerstandsproblematik genauso wie in den alten Ortskernen der Dörfer. Damit nicht genug:

Mittlerweile schwappt diese Entwicklung auch auf die Kernstadt über. In alten Wohngebieten wie z.B. der Siedlung nehmen Wohnungen mit geringer Belegung und Leerstände zu. Hier muss dringend gegengesteuert werden.

Deshalb fordert unsere Fraktion schon lange die Konzentration der Stadtentwicklung auf die bereits bestehenden Wohn- und Gewerbegebäuden. Durch die Schließung von Baulücken, durch Umnutzungen und durch eine gezielte Entwicklung dieser Bereiche muss der Zubau auf der „grünen Wiese“ zum Stillstand gebracht werden. Sonst werden nicht nur Gewerbebrachen, sondern auch entsprechende Leerstände und Brachflächen in den Innenbereichen der Siedlungen zunehmen. Flächen wie Posthof, das Areal zwischen Lidl und Rathaus oder das Gelände der Lehrerakademie sind Vorboten dieser Entwicklung, die gestoppt werden muss!

Wir fordern deshalb eine gezielte Stadtentwicklung in diesen Bereichen, die durch ein verändertes Planungsrecht, Informationen, Zuschüsse und nicht zuletzt durch einen vollständigen Verzicht auf die Erschließung von Neubaugebieten abgesichert werden muss.



Wie lange bleibt diese Klagemauer hinter dem Rathaus?



So haben wir uns das Posthof-Areal nicht vorgestellt!

Biogasanlagen – starkes Wachstum mit Schattenseiten

Überall sprießen sie wie Blumen aus dem Boden und vertreiben die wahre Blütenpracht: Biogasanlagen.

Energie aus nachwachsenden Rohstoffen klingt erst mal klasse. Allerdings verschwindet dadurch mehr und mehr die Vielfalt der Natur vor unserer Haustür. Sehr häufig kommen die Wiesen nicht einmal mehr zur Blüte, denn sie werden so oft geschnitten. Oder sie werden gleich zum Anbau von Energiepflanzen genutzt, was in der Praxis vor allem großflächigen Maisanbau bedeutet. Artenreiche Blumenwiesen sind damit immer mehr in ihrem Bestand bedroht.

Bei der Verabschiedung des Stromeinspeisegesetzes, das auf Initiative der Grünen zustande kam, hatte man nicht mit einem derart starken Strukturwandel der Flächenbewirtschaftung gerechnet, der mittlerweile in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung steht. Ursprünglich stand nämlich die Nutzung von Pflanzenteilen, Speiseresten und anderen organischen Reststoffen im Vordergrund. Bei der Mitvergärung von Gülle ergeben sich dabei große Vorteile: Im Gegensatz zur Rohgülle ist die Gülle nach dem Gärprozess um einiges verträglicher für die Natur und auch für unsere Nasen.

Inzwischen liefern die Biogasanlagen in Deutschland so viel Strom wie zwei Atomkraftwerke und die einzelnen Anlagen werden immer größer. Da Biogasanlagen wetterunabhängig sind und Gas gespeichert werden kann, eignen sie sich vorzüglich zum Ausgleich der wetterabhängigen Stromerzeugung aus Sonne und Wind. Zukünftig muss aber sichergestellt werden, dass die Abwärme bei der Verstromung ebenfalls sinnvoll genutzt wird. Eine Stromproduktion ohne Abwärmenutzung können wir uns nicht leisten!

Biogas ist eine wichtige Zukunftstechnologie auch in Donaueschingen. Wir werden uns für einen sinnvollen weiteren Ausbau von Biogasanlagen einsetzen, aber keine ungezügelte Megawatt-Ideologie, keine großflächigen Monokulturen und keine Verschwendungen von Abwärme zulassen.

Reitturnier: Finanzielle Hürden senken

Damit die Kosten nicht wieder davongaloppieren.



Das Reittturnier: Aushängeschild oder Fass ohne Boden

In den neunziger Jahren kritisierten die Grünen die immer stärker ansteigenden Zuschüsse für das Donaueschinger Reittturnier. Die Defizitardeckung erreichte dabei mehrmals eine sechsstellige Summe. Vor diesem Hintergrund plädierten wir für eine Sponsorenlösung, bei der ein Veranstalter das Reittturnier ausrichtet und sich die Stadt lediglich mit einem festen Betrag beteiligt.

Nachdem das frühere Management mit der EM 2003 den Bogen finanziell endgültig überspannt hatte, setzte in Folge davon bei Verwaltung und Gemeinderat ein Umdenken ein. Nach einem hin- und her wurde ein neuer Veranstalter gefunden, der dem Turnier seit dem Jahr 2006 mit frischen Ideen wieder Glanz verleiht und die gewünschte Bürgernähe ermöglicht. Es bleiben aber auch in dieser neuen Konstellation erhebliche Belastungen: Die Stadt hat sich gegenüber dem Veranstalter zur Bereitstellung einer guten Infrastruktur verpflichtet. In den kommenden Jahren muss daher ein sehr hoher Betrag zur Sanierung der Anlagen bereitgestellt werden.

Neben einer Reihe von grundsätzlichen Überlegungen befürworten wir deshalb auch die Prüfung, ob das Gelände von der Stadt gekauft werden kann. Das Areal wäre dann ohne eigentumsrechtliche Beschränkungen verfügbar, so dass dort auch weitere Veranstaltungen stattfinden könnten.

Ob sich so ein Konzept realisieren und finanzieren lässt, hängt aber von einer Vielzahl von Faktoren ab, die der Donaueschinger Gemeinderat nur bedingt beeinflussen kann. Aus unserer Sicht wäre es deshalb verfrüht, den neuen Strukturen auch mittel- und langfristig Erfolg zu attestieren. Vergleichsweise einfach ist da lediglich die Definition von dem, was wir nicht wollen: eine elitäre Reitsportveranstaltung mit dauerhaft hohem Zuschussbedarf.

Schulen: Beton allein ist zu wenig

Durch die veränderten Rahmenbedingungen wird immer öfter ein Ganztagesbetrieb an unseren Schulen notwendig. Bund, Land und die Stadt Donaueschingen als Schulträger haben deshalb bereits eine ganze Reihe baulicher Investitionen vorgenommen. Doch die schon immer bestehenden personellen Defizite haben sich mit diesem Ausbau nochmals gravierend verschärft. Wurden die Investitionen deshalb in den Sand gesetzt?

Am Beispiel des Fürstenberg-Gymnasium kann die Problematik exemplarisch aufgezeigt werden:

1. Unsere Stadt hat viel Geld für die technische Ausstattung (z.B. für die Beschaffung von PCs) in die Hand genommen. Doch diese Geräte müssen gewartet werden und daran hapert es. **Wir brauchen nachhaltige Sicherung und Unterstützung für den Betrieb und Support!**
2. 1,5 Millionen Euro wurden aus öffentlichen Geldern in einen Anbau an die Baarsporthalle investiert. Darin befindet sich u. a. ein Selbstlernzentrum mit PCs und Internetanschluss. Die „Zuständigkeiten“ für den Internetanschluss konnten eineinhalb Jahre lang nicht geklärt werden und die Einrichtung war nicht nutzbar. **Wir brauchen die zeitnahe Umsetzung schulischer Belange!**
3. Im selben Anbau befindet sich ein Spielezimmer, welches wegen fehlendem Aufsichtspersonal nur bedingt genutzt werden kann. Hier rangeln Stadt und Land um ihre Zuständigkeitsbereiche. **Wir brauchen deshalb klar definierte Kompetenzen, Zuständigkeiten und Finanzierungsvereinbarungen!**
4. Es wurde auch eine Mensa eingerichtet, aber leider gleich mit zwei Betreibern: Der eine ist der Pächter des Raumes (und gleichzeitig der „Bäcker“), der andere liefert als Caterer das Mittagessen. So fängt das Gerangel schon hinter dem Tresen an. Jeder versucht, das Beste aus der Situation zu machen und kocht sein eigenes Süppchen. Nutznießer sind nahe gelegene Einkaufsmärkte und Fast-Food-Restaurants. Die ursprünglich definierten qualitativen Standards sind dabei schon lange kein Thema mehr. **Wir brauchen klare Strukturen, ein gesundes Mensaessen und ein Mensaumfeld, wo sich die Schüler wirklich wohl fühlen können.**

Und zum Schluss:

Sie vermissen einen Artikel zur Donauhalle? Die neue Donauhalle ist momentan voll im Bau. Hier die gute Nachricht: Sie wird schöner und größer als je zuvor. Die schlechte Nachricht: Sie wird mit 14 Mio. Euro statt 8,7 Mio. Euro teurer als gedacht. Wir überlassen es Ihnen, dies angemessen zu bewerten.